Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 91 (1997)

Heft: 9

Artikel: "Versöhnung ist ein harter Kampf" : Notizen von der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Graz

Autor: Dietschy, Beat

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144060

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Beat Dietschy

«Versöhnung ist ein harter Kampf»

Notizen von der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Graz

Unter dem Titel «Versöhnung – Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens» fand in Graz vom 23. bis 29. Juni 1997 die Nachfolgekonferenz zur Basler Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit» (1989) statt. An der von der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und dem Rat der europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) getragenen zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung trafen sich 700 Delegierte und über 10 000 Christinnen und Christen aus Gemeinden, Bewegungen und Basisgruppen, darunter gut 1200 Personen aus Deutschland und rund 400 aus der Schweiz. Beat Dietschy hat mit einer Reisegruppe aus der Schweiz an der Versammlung teilgenommen. Seine Tagebuchnotizen spiegeln Erfahrungen dieser Gruppe und geben Eindrücke des von ihm besuchten Ausschnitts aus den insgesamt etwa 400 Veranstaltungen (Hearings, Gesprächsforen, Bibelarbeiten, Workshops und Plenarversammlungen) wieder. Red.

Mission oder «geistliche Aggression»?

«Versöhnung – Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens» – verführt nicht schon der Titel der Versammlung zu schönen Reden? Lädt er nicht dazu ein, Versöhnung zu proklamieren, wo allererst die Konflikte zu benennen und die Ursachen der Unversöhntheit in Kirche und Gesellschaft zu erkennen wären? Beim Hören der Vorträge und Grussadressen an der ersten Plenarversammlung stellen sich solche Befürchtungen ein. Doch dann nennt Patriarch *Alexij II.* immerhin Spaltungen und Ungerechtigkeiten beim Namen, die seit der Basler Versammlung von 1989 und dem Ende des Ost-West-Konflikts zu den zuvor schon bestehenden Trennungen hinzugekommen sind. An Stelle des «eisernen Vorhangs» drohe ein *«silberner Vorhang»* zu treten, der den Osten vom Westen Europas wieder abtrenne und innerhalb der einzelnen Länder erneut zu schweren – nun aber wirtschaftlich, nicht mehr politisch bedingten – Menschenrechtsverletzungen führe. Vor allem aber spricht das Oberhaupt der russischen Orthodoxen die Ursachen der jüngsten zwischenkirchlichen Spannungen und der antiökumenischen Stimmung in vielen orthodoxen Kirchen an. Sie seien auf die Tätigkeit ausländischer Missionare zurückzuführen.

Der Patriarch von Moskau braucht scharfe Worte und spricht unumwunden von «geistlicher Aggression». Eine Problemanzeige, die deutlich macht, wo die Kirchen konkrete Schritte zu tun haben, wenn sie glaubwürdig für Frieden und Versöhnung einstehen wollen: Überwindung des Proselytismus und Verhinderung einer *Konkurrenzsituation in der Mission* gehören nicht nur in Osteuropa zu den Schlüsselfragen der Ökumene heute.

Kein Zufall ist es, dass gerade diese Thematik die ersten Tage der Versammlung bestimmt. Auch wenn es im letzten Moment abgeblasen wurde, so hat doch das Gipfeltreffen zwischen Alexij II. und dem Papst, das unmittelbar vor Graz im gleichen Land stattfinden sollte, seinen Schatten über die Grazer Versammlung geworfen. Ein missglückter Versuch, die Versammlung zu «entführen», meinte *Jean Fischer*, der Generalsekretär der KEK, an der Pressekonferenz zu diesem Schachzug *kirchenpolitischer Geheimdiplomatie*. Er

hat dazu geführt, dass der nicht zu dem Treffen eingeladene Ökumenische Patriarch von Konstantinopel aus Protest der Grazer Versammlung fernblieb. Und das geplatzte Gipfeltreffen hat erreicht, dass es in einem Teil der Medien statt der Ökumenischen Versammlung Thema war.

Im Wissen um diese Vorgänge wirkt am Montagabend der *Eröffnungsgottesdienst* auf dem überfüllten Freiheitsplatz mit seiner aufwendigen künstlerischen Gestaltung und dem minutiös geplanten Ablauf fast ein wenig zu gut inszeniert. Eine Fahne mit dem Titel der Ersten Ökumenischen Versammlung in Basel «Frieden in Gerechtigkeit» wird hereingetragen, nach dem Lied eines estnischen Jugendchors dann eine zweite Fahne mit dem Logo von Graz. Später geben von den vier Seiten des Platzes je eine Vertreterin der Samen aus Norwegen, aus dem Baskenland und aus Georgien und ein Kroate in ihren Sprachen ein Zeugnis aus unversöhnten Situationen. Eindrücklich erzählt schliesslich *Elisabeth Parmentier* in ihrer Predigt vom Widerstreit der Zwillinge, mit denen Europa schwanger geht – Angst und Hoffnung –, und der Nachricht von der Geburt eines andern Kindes, das Versöhnung heisst. Nicht zuletzt sind es die Lieder, welche die vielen, einander fremden Menschen auf dem Platz verbinden. Und doch, so will es mir scheinen, bleibt eine gewisse Ratlosigkeit im Raum. Nicht nur bei den vier Stimmen der Zeuginnen und Zeugen ist es so: Wir hören, verstehen aber nicht, was sie sagen.

Umrahmt von einem Gerüst, in dem die Lautsprecheranlage plaziert ist, eingehüllt von weissen Planen mit dem Logo der Versammlung – und darum nur in Umrissen erahnbar –, steht in der Mitte des Freiheitsplatzes eine Kaiserstatue. Könnte es sein, dass Versöhnung in dieser Woche dazu dient, *Macht* zu verhüllen statt *Wahrheit*, die frei macht, aufzudecken?

Die Vertreterin der *Samen* hat davon gesprochen, dass ihnen das Evangelium in einer Weise übermittelt wurde, die sie als gewaltsam und schädlich erlebten. «Unser Schmerz ist eng mit unserer Vergangenheit verknüpft», sagte sie, «mit einer Unterdrückungsgeschichte, in der wir durch den Druck des Staates und der Kirche unsere Sprache, unsere Traditionen, unser Selbstbewusstsein und unsere Würde verloren haben.» Wie für viele indigene Völker, die durch europäische Kirchen missioniert wurden, ist für das Volk der Samen Versöhnung daher mit einem Zurückkommen auf die eigene Geschichte und Befreiung von aufgezwungenen Strukturen verbunden. Dazu ist eine selbstkritische Auseinandersetzung gefragt, betont sie, «damit wir die unterdrückerischen Machtstrukturen in unseren *eigenen* Kirchen, und nicht nur in allen anderen, ermitteln können». (Doch eben, das wurde den Anwesenden nicht übersetzt, der Text ihrer Rede wurde nur Presseleuten zugänglich gemacht).

Am zweiten Tag rückt *Karekin I.*, der Katholikos aller Armenier, im Plenum noch einmal die westliche «Geld- und Missionslawine» in den Mittelpunkt. Einige westeuropäische Kirchen versuchten, «anstatt mit den meist orthodoxen Ortskirchen zu sprechen und sich über Zusammenarbeit zu beraten», ihre eigene institutionelle Präsenz und ihr Wachstum in den nun unabhängigen Ländern zu konsolidieren. Besonders scharf wendet er sich gegen das Eindringen von Sekten, die «in einer Art Feldzug» die osteuropäischen Länder überrollten. Dass sie ein Land wie Armenien missionieren wollten, dessen Zeugnis für Christus schon so alt sei, bezeichnet er als eine «Beleidigung gegenüber dem Vermächtnis der Märtyrer, die vor mehr als 17 Jahrhunderten ihr Leben für Christus dahingaben...»

Demgegenüber betont der Erzbischof von Canterbury, *George Carey*, keine Kirche könne ein Monopol auf Evangelisierung beanspruchen. Er hebt – durchaus im Blick auf die eigene Kirche zunächst – die Gefahr hervor, die in der Identifizierung der religiösen Tradition mit der nationalen Identität liege. Nationalkirchen haben deshalb, so Carey wörtlich, «eine besondere Berufung, die Freiheit der Religionsausübung aller Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen». Sie hätten vom Evangelium

her die Verantwortung für den Schutz religiöser Minderheiten zu übernehmen. «Aggressive Evangelisation, die aus der Armut und der Unkenntnis Nutzen zieht», darin pflichtet er Karekin I. bei, «muss natürlich angeprangert werden.» Aber ein «Exklusivanspruch einer Nationalkirche, die den christlichen Glauben für sich allein vereinnahmen will», sei ebenso zu verurteilen.

Südafrika als Testfall – auch für die Schweiz

Befreiend wirkt auf mich nach der Missionsdebatte das Referat von *Brigalia Hlophe Bam*. Ausgangspunkt für die Generalsekretärin des Südafrikanischen Kirchenrates ist, dass die *Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden* durch eine jahrhundertelange Geschichte von Sklaverei, Kolonialismus, kulturellem, religiösem und wirtschaftlichem Imperialismus, von Rassismus und Sexismus belastet sind. «Diese Fragen und ihre Folgen plagen uns heute noch.» Doch geht es ihr nicht darum, Schuld aufzurechnen. Es gelte vielmehr, «auf eine neue und bessere Art und Weise über diese Fragen zu sprechen», damit ein Neuanfang in den Beziehungen zwischen Völkern oder religiösen Gruppen gelingen könne.

Als Beispiel für einen solchen Weg schildert Brigalia Bam den *Prozess für Wahrheit und Versöhnung* in Südafrika und die Arbeitsweise der gleichnamigen Kommission. Dieser Prozess sei nicht vollkommen, sondern mit vielen Schwierigkeiten behaftet. Noch niemand könne über seinen Erfolg oder sein Misslingen urteilen. Klar aber ist für sie, dass dieser Prozess «aufrichtig und authentisch ist, dass er auf Verhandlungen und nicht auf militärischer oder ideologischer Niederlage basiert, und es sich nicht um einen Prozess handelt, in dem der Sieger Rache oder Gerechtigkeit im engen juristischen Sinn des Wortes ausüben will». Damit wird auch die Begrenztheit des Unterfangens deutlich: Während der Amnestie-Ausschuss den Tätern, die ausgesagt haben, sofort Straffreiheit zusprechen kann, bleibt offen, ob, wann und in welcher Form ihre Opfer mit einer Wiedergutmachung rechnen können. Darüber muss später das Parlament entscheiden. Auch wird vom Täter keine Reue verlangt. «Man hofft, dass dadurch, dass diese Aussagen öffentlich gemacht werden, sie eine therapeutische Wirkung haben werden, nicht nur für die Opfer, sondern für die ganze Nation.»

Eine weitere Einschränkung besteht in der Konzentration auf grobe Menschenrechtsverletzungen. «Haben Zeitungsjournalisten und Herausgeber, die sich als ‹Spione› betätigten und Informationen verdrehten und unterdrückten, grobe Menschenrechtsverletzungen begangen? Haben Kirchen und Pastoren, die die Apartheid rechtfertigten und verteidigten, die Menschenrechte verletzt?» Schliesslich gibt Brigalia Bam auch zu bedenken, dass die *Apartheid ein Verbrechen gegen die Menschheit* war und es sowohl innerhalb wie ausserhalb Südafrikas sehr viel mehr Täter und sehr viel mehr Opfer gibt als die wenigen, die vor der Kommission auftreten werden. So «besteht auch eine wirkliche Gefahr, das ganze Problem der Apartheid auf die Aktivitäten und Erfahrungen einer winzigen Minderheit zu reduzieren». Allen andern würde damit eine blosse Zuschauer-Rolle bleiben. Daher insistiert Bam darauf, auch von der *Kategorie der Nutzniesser* der Apartheid zu sprechen.

Versöhnung, so macht sie in ihrem Vortrag klar, ist ein harter Kampf, der «viel kostet» und die Bereitschaft verlangt, «sich von dem beleidigen zu lassen, mit dem man sich versöhnen will». Dies um des Zieles willen, der Schaffung eines «Neuen Anfangs» für Südafrika. Ob dies gelingen werde, entscheide sich an der wirtschaftlichen Frage, an der Umverteilung von Land und Besitz, betont Brigalia Bam: «Unsere gebrechliche, neu entdeckte Demokratie wird ernsthaft bedroht, solange das Los der Mehrheit der Schwarzen unverändert bleibt.»

Die Lektion für den Norden? Was bedeutet für ihn, einen «Neuen Anfang» in den Beziehungen zum Süden zu suchen? Bam beschränkt sich darauf, am Beispiel Afri-

kas den Kontext zu umreissen, in dem sich die Frage gegenwärtig stellt. Der Kontinent «ist im Begriff, sehr viel kolonisierter ins nächste Jahrtausend einzutreten», als er zu Beginn des Jahrhunderts war: 41 Prozent der *ärmsten Länder* liegen in Afrika, es trägt eine schwere *Schuldenlast* gegenüber dem Westen und seinen internationalen Finanzinstitutionen und ist mit weniger als 3 Prozent am Welthandel beteiligt. «Es sieht so aus, als ob Afrika von der Weltkugel herunterfallen könnte, ohne dass dies einen grösseren Börsenkrach auslösen würde.» Die Frage, was Versöhnung bedeutet, stellt sich darum im Zeitalter «globaler wirtschaftlicher Apartheid» mit neuer Schärfe. Auf diesem Hintergrund sieht Bam in der «Bereitschaft Europas, sich um die Armut und die Schuldenlast Afrikas zu kümmern», den Gradmesser seines Versöhnungswillens.

Südafrika ist ein *Testfall*, gerade *für die Schweiz*. Das zeigt ein Hearing «Versöhnung durch Erinnern und Handeln» über das Verhalten von Kirchen und Wirtschaft in der Schweiz während der Apartheid. Unser Handlungsspielraum in volkskirchlichen Strukturen sei nicht sehr gross, gibt *Heinrich Rusterholz*, Präsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds (SEK), einmal mehr zu bedenken. Welche Theologie denn das Handeln der Kirchen hierzulande bestimme, fragt der reformierte südafrikanische Theologe *David Mosoma* nach. Und Brigalia Bam erkundigt sich, ob wir in der Schweiz zum ersten Mal mit einer solchen Situation konfrontiert wurden. Das führt sofort zurück zu den verdrängten Seiten in der Geschichte der Kirchen, ihrer Abwendung von der Arbeiterbewegung, ihrer Halbherzigkeit in der Flüchtlingspolitik. Geschichte, die mit Versagen belastet ist, wirkt nach.

In bezug auf die Apartheid-stützenden Beziehungen hat die Schweiz noch ein *wichtiges Kapitel Vergangenheitsaufarbeitung* zu leisten. Zentrale Bedeutung wird dabei der Frage zukommen, welche Kreise – welche Banken vor allem – von der Apartheid wieviel profitiert haben. Denn Versöhnungsarbeit ist nicht nur innerhalb Südafrikas zu leisten. Die Kirchen der Schweiz und anderer Länder haben hier durchaus Anlass zu «guten Diensten», indem sie auf der Pflicht der Nutzniesser bestehen, eine *Wiedergutmachung* zu leisten. Ohne eine solche, das betont David Mosoma, macht es keinen Sinn, von Versöhnung zu sprechen.

Wider das «Evangelium des Neoliberalismus»

Eine Reihe von Veranstaltungen befasst sich in Graz mit der Frage nach Versöhnung im Kontext des *totalen Marktes* und der *Globalisierung*. Am Dialogforum «Wirtschaft im ‹globalen Dorf›» werden die Trends analysiert, welche zur heutigen Globalisierung führen und die schon bestehenden Ungleichheiten auf weltwirtschaftlicher Ebene noch vertiefen: das Ende der Blöcke, die technologische Revolution im Kommunikationsbereich, die Deregulierung und die Verselbständigung der Finanzmärkte. Die bekannten Folgen werden aufgezählt: lohnender als Investitionen in die reale Wirtschaft sind Finanzspekulationen (Siemens z.B. erzielt damit 70 Prozent seiner Gewinne). Einige Tausend «global players» unter den Firmen profitieren, und für die übrigen Sektoren wird die Luft immer dünner, das Geld teurer und der Wettbewerb grausamer. Die staatlichen Handlungsspielräume werden dadurch immer enger. *Theo Kneifel* zeigt dies am Beispiel Südafrikas auf, das zwischen Integration in den Weltmarkt und Regionalentwicklung, exportorientiertem Wachstum und Armutsbekämpfung durch Umverteilung einen Weg sucht.

Gibt es Alternativen zur herrschenden Entwicklung? *Ulrich Duchrow* nennt einige Ansätze: Grundsätzlich müsste ein tiefgreifender gesamtkultureller Wandel ins Auge gefasst werden, der auf ein neues Entwicklungsmodell abzielt, das auf Kooperation statt auf Konkurrenz aufbaut, die Grundbedürfnisse der Menschen und die Bewahrung der Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt rückt. Um überhaupt Umkehrbewegungen mit diesen Langzeitzielen

möglich zu machen, müssten sich die lokalen und regionalen Gemeinschaften so weit wie möglich von den Zwängen der neoliberal bestimmten Makrostrukturen freimachen und teilautonome Entwicklungen (mit regionalen und partizipativen Wirtschafts- und Austauschformen) anstreben. Zur Durchsetzung einer solchen Politik schlägt Duchrow kurz- und mittelfristige Strategien der Bündnisbildung vor, wie sie zur Zeit innerhalb der zivilen Gesellschaft, aber auch zusammen mit kommunalen Behörden im Rahmen der Umsetzung des Rio-Prozesses für «Umwelt und Entwicklung» in «lokalen Agenden 21» erprobt werden. Die Kirchen fordert er auf, aktiv solche Prozesse zu fördern und selber beim Teilen von Arbeit und Einkommen voranzugehen, anstatt die herrschenden gesellschaftlichen Trends zu imitieren. Ein Prüfstein für die Kirchen sei auch, wie sie mit ihrem Land, ihren Immobilien und Geldanlagen umgehen: «Seid Salz der Erde, Licht der Welt...»

An einem Hearing, das ebenfalls im «Welthaus» stattfindet, werden bereits funktionierende *Modelle alternativen Wirtschaftens* wie die heute in neun Ländern bestehenden Fair-Trade-Organisationen, die dänische Bank OIKOS oder die schon 1975 gegründete Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft EDCS vorgestellt. Sowohl die Beispiele des alternativen Handels wie jene des «ethischen Investments» sind kleine, aber ermutigende Erfolgsgeschichten. Allerdings trifft auch das Motto der Veranstaltung «Seid klug wie die Schlangen, ohne Falsch wie die Tauben» zu: Es geht darum, listig und kreativ die bestehenden Spielräume zu nutzen, um damit Ausgegrenzten eine wirtschaftliche Basis zu verschaffen und Veränderungen in Gang zu setzen. Ob innerhalb des bestehenden, auf kurzfristigen Gewinn ausgerichteten Kapitalismus wirklich nachhaltiges und am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften zu erreichen sei, bezweifelt *Stan Thekaekara* von der indischen Adivasi-Bewegung AMS. Doch gebe ihr das alternative Kreditwesen immerhin einen wichtigen Rückhalt.

Einen Stock höher schildern lateinamerikanische Frauen ihre Arbeitsbedingungen in den *Textil- und Elektronikfabriken der Freihandelszone Mexikos*. In den etwa 2500 «Maquilas» entlang der Grenze zu den USA – die meisten in US-amerikanischem, einige auch in japanischem oder koreanischem Besitz – arbeiten rund 700 000 Frauen unter oft katastrophalen Bedingungen für den Weltmarkt. Schwangere und Kranke werden entlassen, ebenso jene, die aus andern Gründen die geforderte Stückzahl nicht erreichen. «Wir sind Wegwerfwaren der modernen Wirtschaft», sagt *Judith Galarza*, die selber Maquila-Erfahrung hat. Jede gewerkschaftliche Aktivität wird in den Betrieben unterbunden. Wer sich dennoch organisiert, wird entlassen und kommt auf eine schwarze Liste, sodass sie von keiner der Maquilas mehr angestellt wird. Kaum zu erlangen und noch weniger zu kontrollieren sind daher Gesundheits- und Umweltschutzbestimmungen. Nicht selten werden Arbeiterinnen, die mit ihnen unbekannten Chemikalien in Kontakt kommen, vergiftet. In 40 Fällen schon haben nach Auskunft von Judith Galarza Fabrikarbeiterinnen Kinder ohne Gehirn zur Welt gebracht.

Wie sehr gerade mit der wirtschaftlichen Ebene vorrangige Fragen vieler Menschen berührt werden, wird an vielen Hearings und Foren in Graz deutlich. Auch *Parallelen* zwischen Situationen in ganz *verschiedenen Weltregionen* werden sichtbar. So entdecken armutsbetroffene Frauen aus Holland Gemeinsamkeiten mit den Dalit, den «Unberührbaren», die im gleichen Workshop zum ÖRK-Studienprozess für eine «Theologie des Lebens» zu Wort kommen: Wird auch der soziale Ausschluss im indischen Kastenwesen ganz anders gerechtfertigt als in einem westeuropäischen Land, so sind doch die Mechanismen vergleichbar, und der Kampf um menschliche Würde und volle Teilhabe am sozialen, politischen und kulturellen Leben ist ein und derselbe.

Ein Teilnehmer unserer Reisegruppe erzählt mir von einem andern Forum über «Armut und soziale Ausgrenzung», von der Schweizerin, die ein Leben lang mit der

«Schande» lebt, arm zu sein in einem reichen Land, und von portugiesischen Heimarbeiterinnen, die bereit sind, zu jedem Preis zu arbeiten, und die für ihre handgefertigten Schuhe und Kleidungsstücke von ausländischen Firmen mit Hungerlöhnen abgespeist werden. In diesem Forum wird nicht nur scharfe Kritik laut an dem «Europa der Finanzen und der Wirtschaft» und dem *«Evangelium des Neoliberalismus»*. Auch die Delegierten der Kirchen werden nachdrücklich dazu aufgerufen, «exemplarisch und zeichenhaft die Überwindung der gesellschaftlichen Unversöhntheit aufzugreifen und eine Kultur der Teilhabe und des Teilens einzufordern». Für Versöhnung kann, so die Quintessenz des Forums, die Kirche nur eintreten, wenn sie nicht auf einer neutralen Position steht, sondern auf der Seite der Verliererinnen und Verlierer, und wenn sie dafür sorgt, dass die Wahrheit über Konflikte aufgedeckt wird.

Friedensarbeit tut weh

An Veranstaltungen zum Themenbereich «Versöhnung zwischen den Völkern» zeigt sich, wie langwierig der *Abbau von Feindbildern* ist. *Hildegard Goss-Mayr* macht am Beispiel der deutsch-polnischen Versöhnungsarbeit darauf aufmerksam, wie wichtig es für beide Seiten zunächst gewesen sei, den Geschichten der andern zuzuhören und dabei für lange Strecken auch das Unversöhntsein auszuhalten. Vier zentrale Elemente nennt sie aus ihrer langjährigen Arbeit im Internationalen Versöhnungsbund: die Wahrheit erkennen, Gerechtigkeit suchen, Liebe, die den andern einschliesst, und Vergebung, die neues Leben ermöglicht. Vergeben sei zwar der Beginn der Heilung von Beziehungen, ergänzt eine Frau aus Osijek, doch deswegen nicht weniger schmerzhaft: «Jesus kam, uns die Sünden zu nehmen, aber nicht die Gefühle: All die Schuldgefühle, der Zorn, die Trauer und das Ungenügen bleiben, wir werden nicht über Nacht glückliche Menschen.»

Eine nüchterne Einschätzung der Wegstrecken, die noch zu gehen sind, ist in Graz auch im Bereich des *Dialogs mit andern Religionen* festzustellen. Dies gilt besonders im Blick auf *Bosnien-Herzegowina*, wo er eine Überlebensfrage ist, wie *Marko Orsolic*, der Gründer des Zentrums für interreligiösen Dialog «Zajedno» in Sarajevo, an einem Hearing zum Thema betont. Ohne ehrlichen Dialog werde es nie dauerhaften Frieden geben. Die gemeinsame Erklärung der Religionsgemeinschaften in Bosnien-Herzegowina vom 9. Juni – Frucht eines ersten Treffens der Spitzen der Muslime, der Juden, der serbisch-orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche – möchte Orsolic allerdings nicht überbewerten: «Dass das Dokument eine Wende bringt, hoffe ich, glaube es aber nicht.» Die Skepsis des Franziskanerpaters ist verständlich, sind doch die mutigen Versuche von Zajedno und anderer Basisinitiativen, Verständigungsarbeit zu leisten, von oben bisher überhaupt nicht unterstützt worden. «Wir brauchen ein religiöses ‹Dayton›, das unsere Würdenträger endlich dazu bringt, das zu vertreten, was im Koran und in der Bibel steht!»

Beeindruckend ist, was Basisgruppen wie das Zentrum für Frieden, Gewaltlosigkeit und Menschenrechte in Osijek (Kroatien) trotz schwierigster Bedingungen geleistet haben. Ein anderes Beispiel ist das *interreligiöse Friedensgebet* in Novi Sad (Vojvodina), das von 1993 bis 1995 jeweils reihum in zehn verschiedenen Kirchen sowie der Synagoge stattfand. Der Gebetsraum der Muslime, so erzählt die Mitinitiantin *Anna Bu*, war zu klein, und so kam es, dass der Imam in der reformierten Kirche Gastgeber sein durfte. Ein ernüchterndes Ende fand schliesslich das immer sehr gut besuchte Gebet: Als die Pfarrer die Organisation der vorher von Laien veranstalteten Zusammenkünfte übernahmen, fand kein Friedensgebet mehr statt.

Ein Mitglied unserer Reisegruppe erzählt mir von einer *Foto-Ausstellung* des ökumenischen Hilfswerks in Novi Sad, in dem Anna Bu arbeitet. Es handelt sich nicht um herkömmliche Bilder. Denn Kriegsflüchtlinge würden, so merkten die Leute um Anna Bu, wenn sie fotografiert werden, noch einmal zum Objekt erniedrigt. Sie

sind aber selber auf Bilder von sich und ihren Familien durchaus angewiesen, da sie oft ihre ganze Habe zurücklassen mussten. Daher fing das Hilfswerk an, Flüchtlinge selber fotografieren zu lassen. Daraus entwickelte sich für sie auch ein wichtiger Weg, um ihre traumatische Geschichte zu verarbeiten und sich selbst wiederzufinden.

Ein widerspenstiges «ökumenisches Dorf» und ein «Abendmahlsstreit»

In Halle 10 der Grazer Messe, wo die Ausstellung aus Novi Sad zu sehen ist, duftet es nach frisch gebackenem Brot. Auf dem freien Platz in der Mitte plätschert ein Brunnen, und daneben lädt eine Cafeteria zum Verweilen ein. Wir sind im «Ökumenischen Dorf», das ein auf Graz hin gebildetes *Aktionsbündnis kirchlicher Basisbewegungen* aus ganz Europa gestaltet hat. Rund um den zentralen Dorfplatz, auf dem sie ihre Anliegen mit den Mitteln von Theater, Musik und symbolischen Aktionen vorstellen, haben sich die verschiedenen Initiativen und Netzwerke in vier «Nachbarschaften» gruppiert. Hier finden Gespräche und kleinere Diskussionsrunden statt, aber auch Planspiele werden angeboten: eines führt in die Anfänge der Zinswirtschaft zurück, ein anderes nach Simbabwe, wo ein Textildruckunternehmen einen Kredit zu bekommen sucht.

Deutlich hebt sich das Leben im ökumenischen Dorf von der Kongressatmosphäre ab, die in manchen der Grossveranstaltungen herrscht. Während in den Plenarversammlungen und Hearings oft ein Monolog den andern ablöst, ist im Dorfprogramm noch Platz für *spontane Auftritte* und Raum für *Begegnungen* gelassen. Die Form steht für den Inhalt: das Zusammenfinden in der gemeinsamen Suche nach Gerechtigkeit, Frieden und Achtung der Mitwelt soll hier zum Ausdruck kommen und auch erprobt werden können.

Vorrangiges Ziel des Bündnisses der etwa hundert Basisgruppierungen ist es, Opfer zu ermutigen, für sich selber zu sprechen. Dafür ist im Dorf ein eigener *«Story Telling Room»* eingerichtet worden, in dem von Ungerechtigkeit betroffene Menschen von ihrer Geschichte und ihrer Widerstandskraft erzählen können. Auch ausserhalb dieses geschützten Raums berichten Einzelne und Gruppen, was ihnen widerfährt, darunter Kleinbauern aus Polen, deren Höfe der rasant fortschreitenden Industrialisierung weichen müssen, und eine Roma-Gruppe aus Rumänien. Sie legt ihre Situation in einer der Mittagsveranstaltungen dar, die nach dem Vorbild der Wahrheitskommission in Südafrika auf «Benennen und Bekennen» hin angelegt ist. Im Dorf werden viel deutlicher als im offiziellen Programm «Ross und Reiter» genannt. So werden in der Abschlusserklärung die zerstörerische Rolle der schrankenlosen Marktkräfte und die aus ihnen entspringende Gewalt gegen Mensch und Natur herausgestellt: «Die Option für die Armen und das neoliberale Wirtschaftsmodell schliessen einander aus.»

Viel zu reden gegeben hat aber auch ein «Abendmahlsstreit» mit der Versammlungsleitung. Ausgelöst hat ihn ein Handzettel der «Wir sind Kirche»-Gruppe, die vor zwei Jahren mit der Lancierung des Kirchenvolksbegehrens bekannt geworden war. In dem Papier der Bewegung, das schliesslich auch auf dem Tisch der Versammlungsleitung landete und bei ihr offenbar mehr Beachtung als andere Begehren fand, ist zu lesen: «Das Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung macht nicht vor Glaubensschranken halt. Aus diesem gemeinsamen Tun erwarten jetzt viele Gläubige aller christlichen Konfessionen mit grosser Ungeduld und Hoffnung endlich die wechselseitige *ökumenische Gastfreundschaft* beim Abendmahl und bei der Kommunion.» Der Aufforderung der Versammlungsleitung, sich öffentlich von der Gruppierung zu distanzieren, kam das Aktionsbündnis nicht nach. Auf eine Eucharistiefeier ist beim Abschlussgottesdienst im ökumenischen Dorf jedoch verzichtet worden, «aus Rücksicht auf die Gefühle andersdenkender Christinnen und Christen und getroffene Abmachungen», wie *Christa Springe,* die Präsidentin des Aktionsbündnisses, betont.

Der Schmerz über die immer noch bestehende Trennnung wird aber deutlich zum Ausdruck gebracht und empfunden: Zur Strophe «We are reconciled» (wir sind versöhnt) des Versammlungslieds wird geschwiegen.

Versöhnung suchen und *Unversöhntheit entdecken:* Beides ist manchmal auf bedrückende Art gleichzeitig. Zu Beginn des Gottesdienstes im ökumenischen Dorf erlebe ich mit, wie an einem Tisch in der Cafeteria ein junger Mann sich setzen will. Er geht an Krücken und stützt sich schon, während er fragt, ob hier noch frei sei, auf die Lehne des leeren Stuhls. Da schlägt ihn eine ältere Frau auf die Hand und faucht ihn an: «Weg da, der ist nicht für dich!» Die ärmlich gekleidete Frau hatte die Stühle besetzt, um sie offenbar jemandem anbieten zu können. Es kommt fast zu Handgreiflichkeiten. «Das wirst du in der Hölle büssen», schimpft der Mann und zieht schliesslich ab, vom Dorfplatz her erklingt ein Gebet: «Wir haben Menschen unter uns, die ausgeschlossen sind... Herr, du weisst wie oft wir dich ins Angesicht geschlagen haben.» – Als bedürfte es noch eines Kommentars, lese ich wenig später in einer Pressemitteilung von Bischof Samuel Ruiz: Die Situation ist sehr angespannt in Chiapas, «der Krieg findet jetzt auch innerhalb der indianischen Dorfgemeinschaften und zwischen den Campesinos statt».

Wenig konkrete Ergebnisse

Ein Ziel des Aktionsbündnisses im Ökumenischen Dorf war, die Versammlung und die Kirchen an ihre bereits *in Basel eingegangenen Verpflichtungen* zu erinnern. Dies ist nur teilweise gelungen. Einige konkrete Aussagen gelangten zwar über Delegierte, die in engem Kontakt zum Dorf standen, in die wenig verbindlichen «Handlungsempfehlungen» des Schlussdokuments. Doch nur am Rande berücksichtigt wird z.B. der Antrag an die Versammlung, eine klare Verbindung herzustellen zwischen dem konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und den «Agenden 21» (Zielvorstellungen für das 21. Jahrhundert), die zur Umsetzung der Rio-Konferenz «Umwelt und Entwicklung» auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene erarbeitet werden. Eine entsprechende Botschaft an die UNO-Sonderversammlung in New York, die zeitgleich mit Graz über die Umsetzung von «Rio 1992» berät, wird als nicht opportun erachtet.

Nicht aufgenommen wird von der Versammlungsleitung auch ein konkreter Vorschlag zur Weiterarbeit nach Graz, den Ulrich Duchrow von «Kairos Europa» schon vor der Versammlung zur Diskussion gestellt hat. Er sah vor, dass nach dem Vorbild der südafrikanischen Wahrheitskommission auch in Europa ökumenische Kommissionen eingerichtet würden, die in einem «Sabbatzyklus» von sieben Jahren Konflikte und Fehlentwicklungen der europäischen Geschichte aufarbeiten und *Wege zu Versöhnung und Umkehr aufzeigen* sollten. Weiter hatte die «Kairos Europa»-Bewegung vorgeschlagen, jedes Jahr an Orten wie *Sarajewo, Auschwitz oder Tschernobyl* europäische Hearings zu diesen Fragen durchzuführen, die mit einem liturgischen Tag der «Versöhnung in Wahrheit und Gerechtigkeit» in allen Gemeinden abgeschlossen werden könnten.

Sicherlich wäre es verfehlt, das in Graz Erreichte nur an den Dokumenten – Botschaft, Basistext und Handlungsempfehlungen – zu messen, die schliesslich von den Delegierten angenommen wurden. Viele Gespräche und Eindrücke, Begegnungen und Auseinandersetzungen werden weiterwirken, neue Bündnisse und Projekte sind entstanden. Und doch ist ein Schlussdokument nicht unwichtig, wenn einiges vom Erkenntnisstand von Graz in die Kirchen und Gemeinden einfliessen und sie zur Weiterarbeit animieren soll. Dazu aber sind vor allem die Botschaft und die Handlungsempfehlungen *zu zahm und allgemein* gehalten. Es reicht nicht aus zu sagen, dass «ökumenische Begegnung harte Arbeit ist, aber auch die Freude wachsender Einheit beinhaltet», oder dass «jungen Leuten die ökumenische Vision für die

Zukunft anzuvertrauen und der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung fortzuführen» sei. Ein Wort, «das die Menschheit nicht überhören kann», wie Bonhoeffer es vor über 60 Jahren von einer Friedensversammlung gefordert hatte, ist dies wahrlich nicht.

Offenbar haben sich viele einen griffigeren Text erhofft. Als die Botschaft im Schlussgottesdienst verlesen wird, kommt spontaner Applaus auf bei der einzigen Stelle, die ein präziseres Ziel anvisiert, nämlich: «im biblischen Geiste des Jubiläums die nicht rückzahlbaren Schulden der ärmsten Länder mit dem Jahr 2000 zu erlassen und dabei sicherzustellen, dass das einfache Volk der Hauptbegünstigte dieser Massnahme ist».

Herbe Enttäuschung für die Frauen

Unzufrieden mit den Dokumenten der Versammlung sind auch manche Delegierte. «Was an inhaltlichen Ergebnissen in ihnen enthalten ist», meint *Monika Waller* vom SEK-Vorstand, «scheint mir oft neblig, wenig konkret und insbesondere bezüglich der Anliegen der *Frauen* absolut ungenügend». In dieser Hinsicht muss in der Tat von einer *herben Enttäuschung* gesprochen werden. Im Entwurf war immerhin an einer Stelle zu lesen: «Wir bekennen vor Gott, dass sich unsere Kirchen weithin an den Frauen versündigt haben.» In der Endfassung heisst es hier nur noch, «dass eine unwürdige Einstellung zu Frauen immer noch besteht». Neben physischer Gewalt gegen Frauen, ökonomischer und politischer Diskriminierung und «Formen häuslicher Unterdrückung» wird anschliessend als die Kirchen betreffendes Beispiel genannt: «dass es immer noch nicht genug Freiraum für Frauen gibt, den Reichtum ihrer Gaben und Berufungen in den Diensten und Entscheidungsgremien unserer Kirchen auszudrücken». Eine Formulierung, welche die Geschichte des Ausschlusses und damit die Schuld des Kirchenpatriarchats völlig verschweigt.

Vergeblich haben *Anna Mafei* und andere Delegierte bei der Beratung der Dokumente darauf insistiert, dass es den Kirchen schlecht anstehe, Gerechtigkeit von andern einzufordern, «wenn wir nicht begreifen, dass wir als Kirchen Teil des Problems sind». Auf die einfache Wahrheit, dass Versöhnung nur möglich werden kann, wenn auch Schuld und Versagen benannt und bekannt werden, ist in Graz bei vielen Gelegenheiten hingewiesen worden. In bezug auf die *Mitschuld der Kirchen* an der Gewalt gegen Frauen, ihrer Ausgrenzung und Missachtung ist offenbar aber diese Einsicht besonders schwierig. «Die Altlasten vergangenen Unrechts sind um so politikmächtiger, je massiver die inneren Schädigungen verdrängt werden müssen», darauf hat Geiko Müller-Fahrenholz vor Graz schon hingewiesen.

Mit einer symbolischen Aktion – ein Priester wusch einer Frau die Füsse –, Liedern und Transparenten haben Frauen (und einige Männer) die Delegierten vor der Plenarversammlung darauf aufmerksam gemacht: «Solange Frauen nicht die volle Gleichberechtigung in allen Kirchen erlangen, wird deren Glaubwürdigkeit, Kirche Gottes zu sein, weiterhin leiden.» Vom Schweizer Fernsehen auf diese Demonstration angesprochen, meint Bischof *Ivo Fürer*, es gehe in Graz nicht um die Frauenfrage, das Thema sei «viel weiter». Und ein Vertreter der evangelisch-reformierten Kirche verweist auf die «Ungleichzeitigkeit», die in dieser Frage namentlich zwischen orthodoxen Kirchen Osteuropas und den westeuropäischen evangelischen Kirchen bestehe: «Uns ist bewusst geworden, dass wir nur eine kleine Minderheit in Europa sind.»

Zu einfach ist es jedoch, andern den schwarzen Peter zuzuschieben. Muss nicht jede Glaubensgemeinschaft ihre je eigenen Versöhnungsdefizite bearbeiten, gerade im Geschlechterverhältnis? Dabei kommt es darauf an, von jeweils konkreten Täter- und Opfergeschichten aus eine Heilung der Erinnerung anzustreben und Türen für einen Neuanfang in den Beziehungen aufzustossen. Massgebend dafür sind jedoch die *Stimmen der Unterdrückten,* nicht der Kon-

sens der Herrschenden. Bitter bemerkt *Annalisa Kuhn* am Schweizer Treffen in Graz dazu: «Es ist vermessen zu glauben, der Europäischen Versammlung gelinge es, den Frauen die Würde und die Rechte zurückzugeben.»

Die *Frauen* haben in Graz nicht nur für ein besseres Dokument protestiert. Sie haben sich dagegen gewehrt, in ein «Rahmenprogramm» verbannt zu werden, und haben die Frage aufgeworfen: «Wer ist Kirche? Die Vertreter der Hierarchie, die Delegierten oder die Mehrheit der Männer und Frauen, die Hearings und Workshops gestalteten und daran teilnahmen?» Was den Schlussdokumenten an Realitätsnähe und Konkretheit fehlt, war in der Tat an vielen Orten in Graz durchaus zu finden, eben im «Rahmenprogramm» im Ökumenischen Dorf, im Welthaus, im Friedenshaus, im Haus der Gastfreundschaft und im Frauenzentrum in der Heilandskirche. Hier vor allem ist eine *Oase rebellischer Energien* entstanden, die der Versammlung wenigstens einen Hauch «neuen Lebens» schenkte. Das unterstreicht zugleich auch, welche Schlüsselrolle Frauen vielfach in der Versöhnungsarbeit übernehmen, ob im ehemaligen Jugoslawien, in Palästina oder im Kampf gegen Armut und soziale und (kirchen)politische Ausgrenzung. «Frauen brechen leichter Barrieren, sie treten gerne aus der Reihe und wagen mehr als Männer», fasste die palästinensische Biologin *Sumaya Farhat-Naser* ihre Erfahrungen aus der Friedensarbeit zusammen.

Wider die «Zwangsversöhnung» im global herrschenden System

«Graz» hat auf verschiedenste Weise gezeigt, dass Versöhnung ohne das *Erbe von «Basel»* – den Kampf für Gerechtigkeit, Frieden und Achtung der Schöpfung – zur Ideologie der Machthaber verkommt. Gegenüber der ersten europäischen Versammlung ist aber auch das Bewusstsein dafür geschärft worden, dass die Suche nach Gerechtigkeit und Frieden nicht den Keim neuer Ungerechtigkeit in sich tragen darf: In vielen Konflikten negieren legitime Gerechtigkeitsforderungen der einen Seite ebensolche der andern. Dies bedeutet aber auch, dass Versöhnung, soll sie mehr sein als eine leere Worthülse, nur am Ende langer und schmerzvoller Prozesse aufscheint und oftmals auch ausbleibt. «Versöhnung ist pickelhart und braucht viele Schritte», fasst eine Teilnehmerin der Reisegruppe ihre Eindrücke am Ende der Woche zusammen.

Niemand hat dies in Graz präziser herausgearbeitet als die amerikanische Theologin *Rosemary Radford Ruether*. In ihrem Vortrag in der vollbesetzten Heilandskirche am vorletzten Tag – für mich einer der Höhepunkte und ein eigentliches Schlusswort der Versammlung – besteht sie noch einmal darauf, dass Versöhnung ohne Umkehr und ohne Gerechtigkeit nichts anderes als ein *Diktat der Herrschenden* sei. «Vorschnelle Versöhnung verlangen heisst einfach: ‹Wir haben gewonnen, und ihr habt versöhnt zu sein›.» Diese Art der *Zwangsversöhnung* werde seit 1989 vom global herrschenden System allen abverlangt, weil es angeblich keine Alternative dazu gebe. «Wahre Versöhnung aber wird nur in der Überwindung sündhafter Strukturen erreicht.» Das beginnt für sie damit, dass verzerrte, auf Klassenherrschaft, Rassismus und Sexismus beruhende Beziehungen nicht mehr als normal hingenommen und das Gefühl von Hoffnungslosigkeit und eigener Wertlosigkeit, das sie in den Unterdrückten erzeugen, in Frage gestellt werden.

Die verhüllte Kaiserstatue auf dem Grazer Freiheitsplatz bleibt mir im Gedächtnis haften: Aufdecken von Machtverhältnissen und *Umverteilen von Macht* sind angesagt, im politischen und wirtschaftlichen Bereich wie im Geschlechterverhältnis. Warum nicht auch in den Kirchen? «Graz» hat Hoffnungen geweckt auf Versöhnung in Gerechtigkeit. Wie sagte doch der Vorsitzende des Ökumenischen Rates in Österreich, Metropolit Michael Staikos, am Eröffnungsgottesdienst: «Wenn Sie von uns enttäuscht worden sind, dann mahnen Sie uns ... Wir haben zu dienen, nicht zu herrschen.»